

Quelle: Handelsblatt

© Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Düsseldorf

NAHOST Zusammenarbeit statt Terror und Unterdrückung

*** Josef Joffe ***

Der 26. September war ein Schicksalstag in Nahost. Da lief das Bau-Moratorium im Westjordanland ab. Und es geschah ein kleines Wunder. Anders als es Präsident Mahmud Abbas angedroht hatte, blieben die Unterhändler in Washington. Stattdessen flog US-Unterhändler Mitchell nach Israel, um "Druck zu machen".

Keine "übereilten Entscheidungen", ließ Abbas wissen. Er wolle erst das Treffen der Arabischen Liga in Kairo am 4. Oktober abwarten. Warum diese überraschende Unaufgeregtheit? Die Direktgespräche sind in Wahrheit eine Side-Show; wenn dieser hundert Jahre alte Konflikt überhaupt gelöst werden kann, dann nicht auf der offenen Washingtoner Bühne.

Wie denn auch? Zu Hause laufen die beiden Protagonisten - Abbas und Netanjahu - seit eh und je an der kurzen Leine ihrer radikalen Widersacher. Die Siedler gehören zum harten Kern der Netanjahu-Wähler; sie denken nicht daran, die "Zurückhaltung" zu üben, die der Premier ihnen nach Ablauf des Moratoriums angeraten hatte. Der Aktionsradius von Abbas ist nicht minder knapp. Schon nennt ihn die in London erscheinende Al Quds (Arabisch für "Jerusalem") ein "Instrument" in den Händen der Israelis. Seine Rivalen in Hamas-Land halten ihn ohnehin für einen Verräter.

In Wahrheit kann keiner den Befreiungsschlag wagen. Die Palästinenser können sich nicht dazu durchringen, den Staat Israel ohne Wenn und Aber anzuerkennen und das "Recht auf Rückkehr" aufzugeben, das diesen Staat demografisch auflösen würde. Die Israelis sind theoretisch etwas weiter. Auch Netanjahu redet inzwischen von zwei Staaten; das letzte Angebot seines Vorgängers Ehud Olmert war "Westbank minus ein paar Prozent plus Gebietstausch". Bloß enthält die Praxis lauter Horrorszenarien: den Bürgerkrieg mit den Siedlern, die Aufgabe von halb Jerusalem und den Rückzug hinter eine verwundbare Ostgrenze. Keine Regierung, die morgen noch im Amt sein will, wird sich so bald auf den Teufel einlassen, der im Detail steckt.

Anders als Abbas-Vorgänger Arafat haben der Präsident und sein Premier Fajad die Terror-Karte aber vom Tisch genommen; das ist das wirklich Neue in Nahost. Anders als Arafat reden sie nicht nur vom eigenen Staat, sondern bauen ihn auch. Das "Monopol der legitimen Gewalt" liegt nun in ihren Händen; die Privatarmeen sind aus Nablus und Dschenin verschwunden. Die Korruption, eine Säule der Arafat-Herrschaft, wird eingedämmt. Deshalb fließt das Geld aus dem Ausland reichlich und in die richtigen Kanäle. Die Wirtschaft wächst um sechs Prozent.

Öffentlich mag die Palästinenser-Behörde den Israelis die Pest an den Hals wünschen, hinter der Bühne aber arbeiten ihre Sicherheitskräfte geschäftsmäßig mit der israelischen Armee (IDF) zusammen. In der Folge werden immer mehr Straßenkontrollen abgebaut, die den Palästinensern das Leben vergällt und die Wirtschaft gelähmt haben. Die IDF liefert die Lebensversicherung für die Fatah-Regierung. Hamas weiß, dass jeglicher Putschversuch an den Israelis scheitern würde. Wer sich sicher fühlt, darf Konzilianz zeigen.

Hier wird nicht der große Wurf geprobt, sondern das Miteinander - aber zum ersten Mal mit einer Zukunftsperspektive. Mag sein, dass Netanjahu wähnt, so den Palästinenserstaat auf die längste aller Bänke schieben zu können. Mag sein, dass Abbas glaubt, der Rest der Welt werde Israel doch noch einen Palästinenserstaat abzwängen. Im Heute aber herrscht zum ersten Mal ein Zustand, der sich verbessert, statt in den altbekannten Teufelskreis von Terror und Unterdrückung abzurutschen.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit" und Senior Fellow an der Stanford University, wo er Politik lehrt.

Sie erreichen ihn unter:
gastautor@handelsblatt.com